Nr. 24 XXVI. Jahrgang

Freitag, 25. Januar 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 97, Expedition Nr. 13 8 36, Verlag Nr. 13 8 25. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf. Tabellen- oder Ziffersatz mit 50 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1,50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Offertengebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie Deutsche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Bedingungen an.

Bezugspreis: Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 1,20 Mk., vierteljährlich 3,60 Mk. frei Haus, durch unsere weiteren Ausgabestellen monatlich 1,40 Mk., vierteljährlich 4,20 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Rundschau" 25 Pf. monatlich mehr.
Bestellung in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Rundschau" monatl. 1,20 Mk., vierteljährl. 3,60 Mk.
„ B mit „Illustr. Rundschau" „ 1,45 „ „ 4,35 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Rundschau" monatl. 1,15 Kr., vierteljährl. 6,45 Kr.
„ B mit „Illustr. Rundschau" „ 1,39 „ „ 7,80 „
Nach d. Auslande in Streifb. höchstens 1,10 Mk. Einz.-Nummer 10 Pf.

Die Reise des italienischen Ministerpräsidenten nach London

Die Kohlengruben im Donbecken von den Maximalisten besetzt — Beginn des Arbeiterkongresses in Nottingham
Wieder 18000 Tonnen versenkt — Verschwundene Schriftstücke aus dem Aktenbündel Caillaux

Orlando holt die ausgebliebene Hilfe

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

sch. Lugano, 24. Januar

In Italien wird das Ergebnis der Reise Orlandos nach Paris und London mit fieberhafter Spannung erwartet, besonders wegen der Verbürgung der Kriegsziele und der dringenden Versorgung mit Rohstoffen, Kohle und Getreide, die zu einer Lebensfrage für Italien geworden ist. Die „Tribuna" schreibt, kein Land trage solche Lasten, Opfer und Einschränkungen wie Italien. Aller gute Wille könne die mangelnden Kräfte der Nation nicht ersetzen, wenn die Hilfe der Verbündeten ausbleibe. Die „Idea Nazionale" nennt den Kohlenmangel schreckenerregend, besonders weil die Lähmung des Bahnverkehrs die Zufuhren hindere.

„Perseveranza" läßt sich aus Rom berichten, daß Orlando in Paris und London eine Wahrheit wiederholen werde, die alle über Italiens Lage Unterrichteten seit geraumer Zeit kennen, daß nämlich das Durchhalten Italiens wesentlich eine Frage der Zufuhren sei, insbesondere an Getreide und Kohlen. Alle einsichtsvollen Politiker hätten Frankreich und England immer wiederholt, daß dem Defaitismus, Sozialismus und Klerikalismus und ähnlichen pazifistischen und neutralistischen Strömungen in Italien keine übermäßige Bedeutung zugeschrieben werden dürfe, da die Widerstandskraft Italiens dadurch nicht ernsthaft bedroht werden könne, vielmehr nur von der ziemlich bescheidenen, aber für Italien ganz wesentlichen wirtschaftlichen Frage abhänge. Italien könne so erklärt der Vertreter der „Perseveranza", den Krieg noch lange fortsetzen aber nur unter der Bedingung, daß die wichtigsten Versorgungsstoffe nicht ausbleiben. Italien verlange daher von den Alliierten Getreide und Kohle, verpflichte sich dagegen, durchzuhalten und sich weder von inneren noch äußeren Feinden niederwerfen zu lassen. Orlando werde eine entscheidende Annäherung der Alliierten verlangen, damit Italien in die Lage komme, den Kampf fortzusetzen.

In Paris hatte Orlando eine Besprechung mit Clémenceau, dann reiste er mit Thaon de Revel und Alfieri weiter nach London zur Sitzung des Marinerates der Alliierten.

•

Feindliche Beratung über die Kriegsziele

× Bern, 24. Januar

Die Agence Havas verbreitet folgende „Temps"-Meldung, es sei wahrscheinlich, daß in Paris Unterredungen zwischen Clémenceau, Lloyd George und Orlando stattfinden, wenn dieser durch Frankreich reise, um nach Italien zurückzukehren. Es bestehe aber nicht die Absicht, in nächster Zeit eine allgemeine Beisprechung der Alliierten zusammenzuberufen.

Der „Manchester Guardian" erklärt, daß auf der Konferenz der Ministerpräsidenten in Paris über die Kriegsziele beraten werden wird.

Bulgarien und die Friedensverhandlungen

* Sofia, 24. Januar

Die erfolgreichen Verhandlungen zwischen den Mittelmächten und der ukrainischen Republik stehen im Vordergrunde der öffentlichen Besprechungen und werden sympathisch begrüßt, einmal, weil man den Eindruck hat, als biete der Charakter der ukrainischen Staatsform mehr Gewähr für die Dauer als Nordrußland, dann aber, weil Bulgarien voraussichtlich die Ukraine wegen ihrer Nähe und der Verbindung über das Schwarze Meer stets als Uebergangsland nach Nordrußland brauchen wird, sei es in wirtschaftlicher, sei es in politischer Hinsicht. Die mancherlei Vorbehalte, die man gegen die Bolschewiki in genauer Kenntnis der russischen Entwicklungsmöglichkeiten macht, finden besonders auf Grund der trotzdem vorläufigen Verständigung mit der Ukraine auf sie keine Anwendung, ganz abgesehen davon, daß man hier wie anderswo sich von dem einmal in der Friedensfrage gemachten greifbaren Anfang weitere Wirkung verspricht. Was die Verhandlungen mit den Bolschewiki anbetrifft, so kann festgestellt werden, daß man die hervorragenden geistigen Eigenschaften Trotzkis zwar allgemein anerkennt, daß aber die durch die Bolschewiki verschuldete längere Dauer der Verhandlungen den ersten günstigen Eindruck etwas verwischte. Gerade Bulgarien, das mit seinen Kriegszielen auf so gesundem, realem Boden steht und hierbei die Frage der Gefühle rücksichtslos ausschaltet, kommt in seinem Verhältnis für die theoretische Verklärinalisierung mit Trotzki nicht mehr mit und beginnt zu begreifen, daß die Herausögerung doch eine bestimmte Absicht verfolgen könnte, die jedenfalls nicht unmittelbar der Sache des Friedens dient. Auf eine Billigung oder Ablehnung der deutschen Ansprüche an sich verzichtet die hiesige Presse als auf eine nur Deutschland angehende Sache und mißt ihr für die Dauer der Verhandlungen keinen entscheidenden Wert bei. Sie vertritt aber zweifellos nur den rechten Standpunkt, wenn sie mit Rücksicht auf die deutschen Anschauungen über die bereits vollzogenen Volksabstimmungen in den baltischen Provinzen darauf hinweist, daß in den befreiten bulgarischen Gebieten ebenfalls Volkskundgebungen vorliegen, die keiner künftigen Bestätigung mehr bedürfen.

Infolge der Vertagung der Verhandlungen in Brest-Litowsk werden die bulgarischen Delegierten Justizminister Popow und Generalkonsul in Budapest Srojnowitsch heute in Sofia eintreffen, um der Regierung Bericht zu erstatten und Instruktionen entgegenzunehmen.

Rege Erkundungstätigkeit

× Großes Hauptquartier, 24. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Keine besonderen Ereignisse.

Rege Erkundungstätigkeit unsrer Infanterie brachte an vielen Stellen der Front Gefangene ein. An der Bahn Boesinghe—Staden wurden sechs Maschinengewehre erbeutet.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front

In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit. Südwestlich vom Doiransee scheiterte ein englischer Vorstoß.

Italienische Front

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Die englisch-russische Spannung

Nach einer Meldung aus Genf berichtet die „Morning Post": Das britische Gesamtministerium ist am Montag nachmittag zu einem außerordentlichen Kronrat zusammengetreten, um zu den bedauerlichen Vorgängen in Petersburg, durch die auch englische Staatsangehörige in ihren Rechten verletzt wurden, Stellung zu nehmen.

Im Unterhaus sagte Balfour in Beantwortung einer Anzahl von Anfragen über die britischen diplomatischen Beziehungen zur Petersburger Regierung: „Wir haben diese Regierung nicht als de facto oder de jure bestehende Regierung des russischen Volkes anerkannt, aber wir lassen die notwendigen Geschäfte auf inoffizielle Weise durch einen Agenten führen, der nach den Weisungen unsrer Botschaft in Petersburg handelt. Die Regierung der Bolschewiki hat Litwinow zu ihrem Vertreter in London ernannt, und wir sind im Begriffe, in ähnliche inoffizielle Beziehungen zu ihm zu treten. Nabokow, der unter der letzten russischen republikanischen Regierung Geschäftsträger war, wird wahrscheinlich in London bleiben, bis er entweder bestätigt oder seines Postens von einer als Vertreterin des russischen Volkes anerkannten Regierung enthoben wird. Der gegenwärtige Zustand ist augenscheinlich sowohl unregelmäßig als vorübergehend und unter diesen Umständen kann nicht in die übliche diplomatische Arbeit eingetreten werden."

•

Die Maximalisten im Dongebiet

* Basel, 24. Januar

Die russische Pressekorrespondenz meldet: Der ukrainische Generalsekretär für Kriegsangelegenheiten Petljura reichte sein Abschiedsgesuch ein. — Die Bolschewikitruppen besetzten die Gruben des Donbeckens und beschlagnahmten die Getreidevorräte.

•

Der Sieg der Maximalisten in der Ukraine

Die maximalistische Presse meldet aus Charkow über den Vorstoß der Roten Garde, der Charkower Rada, gegen Kijew: Nachdem das Generalsekretariat der Ukraine durch die Ablehnung der Hauptforderung des Rates der Volksbeauftragten den Bruch mit dem Petersburger Volksrat herbeigeführt hatte, verständigte sich Lenin mit der Rada von Charkow und sagte dem Charkower Kommissar des Krieges Dubinskenkow die volle bewaffnete Unterstützung für den gewaltsamen Sturz des Generalsekretariats und der „bürgerlichen" Kijewer Rada zu. Eine Abteilung von etwa 25 000 Mann der Roten Garde des Donezbeckens und einige Matrosenabteilungen, die über Artillerie verfügten, warfen ukrainische Grenzschutztruppen bei Lubny und setzten sich gegen Kijew in Bewegung. Plötzlich von Kijew kam es zu einem Treffen mit eiligst herbeigeführten stärkeren national-ukrainischen Truppen. Nach heftigen Kämpfen mußten sich die Ukrainer vor den Maximalisten zurückziehen. Die ukrainischen Abteilungen wichen auf ihre Hauptstreitkräfte bei Memel und Mohilew aus. Die Mitglieder des Generalsekretariats sollen sich in Sicherheit befinden: wie es heißt, sind sie nach Mohilew rechtzeitig abgereist. Nordwestlich und südwestlich von Kijew hatten die schweren Kämpfe zwischen ukrainischen und maximalistischen Truppen an. Kijew dröhnt von dem starken Kanonendonner. Die Verluste sollen auf beiden Seiten sehr groß sein. Infolge der wichtigen Ereignisse ist der für den 26. angesagte Ministerrat des Generalsekretariats abgesagt worden.

Die Charkower Rada proklamierte die ukrainisch-maximalistische Republik unter der unbeschränkten Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte. Die ukrainische Zentralrada wird als aufgelöst und die „Universalsammlung" als ungültig erklärt.

•

Der Sowjet mißbilligt die Mordtaten

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm in seiner Sitzung am 23. Januar folgende Entschließung an: „Der Arbeiter- und Soldatenrat hat erfahren, daß Schingarew und Kokoschkin im Hospital getötet worden sind. Er verurteilt ein solches Verbrechen. Die Arbeiterklasse wird niemals billigen, daß unsre Gefangenen ermordet werden, mag ihr politisches Vergehen an dem Volk und der Revolution noch so groß und die Entrüstung über die Führer der Gegenrevolution noch so gerecht sein. Der Arbeiter- und Soldatenrat fordert die Arbeiter und Soldaten auf, in ihrer Gesamtheit ein solches Verbrechen zu tadeln und trifft alle Anordnungen, damit die revolutionäre Ordnung aufrechterhalten werde. Der Arbeiter- und Soldatenrat billigt die von den Volksbeauftragten getroffenen energischen Maßnahmen."

Neue U-Boots-Erfolge

× Berlin, 23. Januar. (Amtlich)

Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatze: 18 000 Br.-Reg.-T.

Die Mehrzahl der Schiffe, die tiefbeladen waren, wurde im Aermelkanal trotz starken feindlichen Abwehrmaßnahmen jeder Art versenkt. Eines der vernichteten Schiffe, das im östlichen Aermelkanal aus einem durch zahlreiche Seestreitkräfte geschützten Geleitzuge herausgeschossen wurde, war allem Anschein nach ein Transportdampfer mit Kriegsmaterial.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

•

Angesichts der wieder zunehmenden Versenkungen konzentriert sich die Besprechung der Frachtraumfrage in der englischen Presse mehr und mehr auf die Frage der Neubauten. „Daily Telegraph" stellte vor einiger Zeit fest, daß wahrscheinlich trotz allen Prophezeiungen nur 1 Million Tonnen Frachtraum im Jahre 1917 fertiggestellt worden sei. Selbst wenn man diese Ziffer auf 1½ Million Tonnen erhöht, entspricht sie nicht annähernd den englischen Erwartungen. „Journal of Commerce" vom 20. Dezember muß zugestehen, daß erst die Oktober- und Novemberlieferung im Handelsschiffbau die monatliche Durchschnittshöhe von 1913 erreicht habe, so daß man erst von nun ab mit einem Jahreszuwachs von 2 Millionen Tonnen rechnen könne. Auch die Enttäuschung über das Mißlingen des amerikanischen Schiffbauprogramms kommt in der englischen Presse lebhaft zum Ausdruck. Das Geständnis des Premierministers Lloyd George, daß er sich wegen der Ueberweisung amerikanischen Frachtraumes an England „geirrt" habe und daß infolgedessen seine Berechnungen eine „Aenderung" erfahren hätten, wird peinlich empfunden.

Ein Engländer über Englands ungünstige Aussichten

× Amsterdam, 23. Januar

Der Professor an der Londoner Universität Hearnshaw schreibt laut „Daily Telegraph" über die ungünstigen zukünftigen Aussichten Englands: „England steht vor Ereignissen und Schwierigkeiten, wie es in seiner Geschichte selten erlebt hat, vor einer deutsch-österreichischen Offensive, vor einer Hungersnot und vor einer bolschewistischen Offensive im eigenen Lande. Vor einem Jahre um diese Zeit schien die Niederlage der Mittelmächte sicher. Die Russen waren besser als je ausgerüstet, bis die Torheit der Leninisten alles über den Haufen warf. Jetzt ruht die Gesamtlast des Krieges auf Englands Schultern. Der amerikanische Bundesgenosse ist noch nicht so weit. Im Innern stehen wir vor einer Hungersnot, wie sie selbst das Mittelalter noch nicht erlebt hat. Wir müssen jedoch durch diese Hölle gehen, so wie unsre Soldaten im Felde durch die Hölle des Feuers gehen. Die Zeit scheint für die soziale Revolution und den Klassenkampf günstig zu sein. Wir müssen daher gegen die Ruhestörer einen scharfen Feldzug unternehmen und für die Auflösung des Volkes sorgen."

Zuspitzung der Alandsinselfrage?

Von unserm A-Mitarbeiter

Stockholm, 18. Januar

In der Thronrede, mit der König Gustav V. vorgestern den schwedischen Reichstag eröffnete, wurde die Alandsinselfrage in einer Weise erwähnt, die von der hohen politischen Aktualität und von ihrer Wichtigkeit, vom offiziellen schwedischen Gesichtspunkte aus gesehen, zeugt. Die Frage harrt zweifellos nunmehr ihrer Lösung und daß eine solche von schwedischer Seite schon unter Vorbereitung ist, scheint sowohl nach der Thronrede des Königs als nach einem öffentlichen politischen Vortrage, worin der Ministerpräsident Herr Edén, ebenfalls vor wenigen Tagen die Frage zum Gegenstand von Betrachtungen machte, eine Tatsache zu sein. Einzelheiten über die in dieser Angelegenheit von der schwedischen Regierung unternommenen Schritte sind zwar noch nicht öffentlich bekannt. Soviel scheint aber, wie ich erfahre, festzustehen, daß die schwedische Regierung bei den Mächten sich offiziell bemüht, von dem Pariser Abkommen vom Jahre 1856 ausgehend, sichere Garantien wegen der Zukunft der Alandsinselgruppe zu bekommen. Man meint hier, daß die diplomatische Aktion Schwedens darauf hinziele, die Neutralität der Alandsinselgruppe festgestellt zu bekommen, am liebsten unter Schwedens Garantie und unter seinem Schutze.

Von sozialdemokratischer Seite wird hervorgehoben, daß Schweden nicht in der Lage sein würde, eine umfassende „Neutralitätsbefestigung" der Alandsinseln zu gründen und aufrechtzuerhalten. Branting warnt in seinem Blatte „Socialdemokraten" vor jeder „Militärpolitik" in der Alandsangelegenheit. Dagegen weist aber das liberale Blatt „Stockholms Tidningen" darauf hin, daß die Furcht Brantings, eine etwaige Wiedervereinigung der Alandsinseln mit Schweden oder deren Stellung unter Schwedens Schutz würde erhebliche Aufgaben zu neuen Befestigungen bewirken, unbegründet sei. Denn die Voraussetzung für die internationale Zustimmung zu einer Wiedervereinigung der Alandsinseln mit Schweden wäre ja gerade eine Garantie dahin, daß die durch den Vertrag vom Jahre 1856 begründete sogenannte „Alands-Servitut", wodurch die Befestigung der Inseln verboten werde, aufrechterhalten und respektiert werde.

Es scheint kein Zweifel daran zu bestehen, daß die Bevölkerung der Alandsinseln, die bekanntlich schwedisch-sprechend ist, fast einmütig die Wiedervereinigung der Inseln mit dem alten schwedischen Mutterlande wünscht. In diesem Sinne ist neulich sogar eine Massenpetition der Alandsinselbewohner an die neue finnische Regierung überreicht worden. In weiten schwedischen Kreisen verlangt man, daß das künftige politische Schicksal der Alandsinseln im Wege der Volksabstimmung entschieden werde, woran sämtliche zum finnischen Landtage wahlberechtigten Inselbewohner berechtigt wären teilzunehmen. Inwieweit sich auch die schwedische Regierung auf diesen Standpunkt gestellt hat, entzieht sich zwar noch der Kenntnis der Allgemeinheit. Das Verlangen nach einer Volksabstimmung auf den Alandsinseln scheint aber nicht unberechtigt zu sein; es beruht auf einer starken schwedischen Opinion und wird von der Bevölkerung der Alandsinseln selbst geteilt. In Finnland steht man indessen dem Verlangen sehr kühl ja, wie es scheint, ablehnend gegenüber. Der interimistische Präsident der Republik Finnland, Herr Svinhufvud, hat sich öffentlich dahin ausgesprochen, daß die Alandsinseln jetzt so lange in finnischem Besitze gewesen seien, daß Finnland auf sie nicht verzichten könne. Von andrer finnischer Seite wird eine etwaige Wiedervereinigung der Alandsinseln mit Schweden von namhaften „Kompensationen" schwedischerseits abhängig gemacht. Dagegen wird aber von schwedischer Seite wiederum nachdrücklich darauf hingewiesen, daß nach dem vom finnischen Volke angenommenen Grundsatze vom „Selbstbestimmungsrechte der Nationen" die Bevölkerung der Alandsinseln das Recht habe, frei über ihr politisches Schicksal zu verfügen. Finnland könne nicht, ohne seiner eigenen neugewonnenen Stellung zu widersprechen, der Alandsinselbevölkerung verweigern, ihre eigenen Wege zu gehen ...

Wie hieraus hervorgeht, dürfte die Alandsinselfrage in der Tat einen schwedisch-finnischen Konfliktsstoff ernster Art.

Die Forderungen Irlands

× Bern, 24. Januar

Nach einer Meldung Londoner Blätter erklärten die „Times" aus Dublin, daß die Sinnfeinerpartei die Frage der Unabhängigkeit Irlands einer Volksabstimmung unterwerfen wolle, an der alle Irländer über 18 Jahre teilnehmen sollen. Am Montag verkündeten Maueranschläge in ganz Irland den Beschluß der Sinnfeinerpartei, dem irischen Volke eine Petition zur Unterbreitung, die von allen Nationen der Welt verlangt, daß bei der zukünftigen Reorganisation Europas nach dem Kriege Irland wieder zum unabhängigen Staate gemacht werde.

Das Proportionalwahlrecht in England

× London, 23. Januar

Das Oberhaus hat mit 132 gegen 42 Stimmen den Zusatzantrag zum Wahlreformgesetze angenommen, der den Grundsatz der Proportionalvertretung aufstellt.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180125/1